

Plaul, Cornelius

Article

Gleicher als gedacht? Eine Analyse zur Ermittlung wohnpreisbereinigter Verdienste in Deutschland

ifo Dresden berichtet

Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Plaul, Cornelius (2022) : Gleicher als gedacht? Eine Analyse zur Ermittlung wohnpreisbereinigter Verdienste in Deutschland, ifo Dresden berichtet, ISSN 0945-5922, ifo Institut, Niederlassung Dresden, Dresden, Vol. 29, Iss. 01, pp. 21-28

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/250998>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Cornelius Plaul*

Gleicher als gedacht? – Eine Analyse zur Ermittlung wohnpreisbereinigter Verdienste in Deutschland

In Deutschland existieren teils erhebliche Verdienstunterschiede, beispielsweise zwischen Ost und West oder zwischen Stadt und Land. Dabei fällt die reale Verdienstlücke deutlich kleiner aus, wenn berücksichtigt wird, dass einerseits das progressive Steuersystem höhere Einkommen überproportional stark belastet und so zu einer teilweisen Nivellierung führt. Andererseits sind die Wohnpreise gerade dort besonders hoch, wo überdurchschnittliche Bruttoverdienste erzielt werden können. Berücksichtigt man diesen Effekt, reduziert sich die Lücke zwischen den neuen Bundesländern und dem Bundesdurchschnitt um bis zu einem Drittel.

Immer wieder werden die teils großen Verdienstunterschiede in Deutschland beklagt, sei es zwischen Ost und West, Nord und Süd oder zwischen Stadt und Land. So konstatiert beispielsweise die neue Bundesregierung in ihrem Koalitionsvertrag von 2021: die „Lebensverhältnisse in unseren Regionen [...] sollten gleichwertig sein“ (vgl. Koalitionsvertrag zwischen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP 2021, S. 5) und leitet daraus u. a. eine „nötige Lohnangleichung zwischen Ost und West“ (S. 71) ab. Gerade im Hinblick auf Ost-West-Diskussionen spielen unterschiedliche Löhne immer wieder eine entscheidende Rolle. Gleichzeitig wird aber auch darauf verwiesen, dass die Lebenshaltungskosten im Osten entsprechend geringer wären (vgl. Bertelsmann Stiftung 2020, S. 17). Doch unterscheiden sich die Lebenshaltungskosten zwischen den deutschen Regionen tatsächlich im gleichen Maße wie die Verdienste? Die dafür notwendige Ermittlung regionaler Preisniveaus ist diffizil. Entsprechende Vorhaben seitens der amtlichen Statistik liegen daher bereits weit in der Vergangenheit¹.

Die vorliegende Analyse verfolgt das Ziel, die regionalen Verdienstniveaus, wenngleich nicht vollständig, so doch zumindest um Unterschiede im Niveau der Wohnpreise zu bereinigen, die gemäß dem Wägungsschema des Statistischen Bundesamtes im Verbraucherpreisindex (VPI) immerhin ein Gewicht von mehr als einem Fünftel an den Ausgaben eines repräsentativen Haushalts haben². Der Charakter der Wohnpreise als ein nicht-handelbares Gut erhöht deren Bedeutung zur Erklärung regionaler Unterschiede zusätzlich. In der Folge schließt sich die Lücke zwischen den Regionen mit den höchsten und den niedrigsten Verdiensten deutlich.

PROBLEMSTELLUNG UND VORGEHEN ZUR ERMITTLUNG REGIONALER WOHNPREISE

Bei überregionalen Verdienstvergleichen ergeben sich mehrere methodische und inhaltliche Probleme:

- Die Betrachtung von **Bruttoverdiensten** vernachlässigt die nivellierende Wirkung eines progressiven Steuersystems (steigender Steuersatz mit zunehmendem Einkommen).

- Die Verwendung von **Durchschnittsverdiensten** vernachlässigt die unterschiedliche Beschäftigtenstruktur (insbesondere die Verteilung der Berufsqualifikationen). Maßgeblich ist jedoch der Vergleich innerhalb einer Qualifikationsstufe.

- **Preisniveaus** sind positiv mit Verdienstniveaus korreliert. Dadurch wird der Vorteil höherer Verdienste teilweise aufgehoben.

Um diese Probleme zu beheben bzw. verzerrende Effekte zu reduzieren, besteht die Zielstellung der Analyse darin, wohnpreisbereinigte Verdienstniveaus auf Nettobasis für einzelne Qualifikationsniveaus darzustellen. Dafür wurde folgendes Vorgehen gewählt (vgl. Abb. 1):

1. Datengrundlage waren die **Bruttomedianverdienste** (inkl. Sonderzahlungen) von Beschäftigten des Verarbeitenden Gewerbes in den Anforderungsprofilen Helfer, Facharbeiter³ und Spezialisten in den NUTS2-Regionen⁴ im Jahr 2020, die aus der Entgeltstatistik der Bundesagentur für Arbeit extrahiert wurden. Zur Berechnung der Nettoverdienste wurden die für 2021 gültigen Regelungen zur Einkommensteuer (ESt) und zu den Sozialversicherungsabgaben beachtet. Die Berechnungen erfolgen jeweils für ein Ehepaar mit zwei Kindern, bei dem beide Ehepartner das gleiche Einkommen erzielen⁵.
2. Es wird ein Mischindex berechnet, der die gesamten Wohnpreise abbildet. Dieser beinhaltet das gewichtete Mittel der Preise für Bauland (20%), Eigentumswohnungen (20%), Eigenheime (20%) und Mieten (40%) und wird normiert zum Bundesdurchschnitt (DE = 100). Diese Gewichte orientieren sich an den Anteilen aus der im Rahmen des Zensus 2011 durchgeführten Gebäude- und Wohnungszählung². Die Preise liegen für 401 Kreise vor und werden einwohnergewichtet zu 38 NUTS2-Regionen aggregiert. Die Daten stammen vom Statistischen Bundesamt (Bauland) bzw. vom Immobilien-datendienstleister F+B (Eigentumswohnungen, Eigenheime, Mieten).

* Dr. Cornelius Plaul ist Referent beim imreg – Institut für Mittelstands- und Regionalentwicklung GmbH in Dresden.

3. Der ermittelte Mischindex (2.) fließt mit dem Gewicht, das die Ausgaben für Wohnungsmiete bzw. den Mietwert von selbstgenutztem Wohneigentum am Verbraucherpreisindex (VPI) Deutschland haben, ein. Dieser Anteil am „Warenkorb“ beträgt aktuell 20,7%. Auf diese Weise erhält man einen wohnpreisbereinigten VPI für jede der 38 Regionen. Dieser ist umso höher, je höher die Wohnpreise in der jeweiligen Region sind und vice versa.
 4. Durch die Division der Nettoverdienste (1.) durch den jeweiligen wohnpreisbereinigten VPI (3.) erhält man das wohnpreisbereinigte Nettoverdienstniveau für jede der 38 Regionen.
 5. Abschließend werden die absoluten und relativen Abweichungen zwischen den unbereinigten (1.) und den wohnpreisbereinigten Nettoverdiensten (4.) berechnet.
- Generell gilt also, dass sich die realen Verdienste erhöhen (reduzieren), wenn der wohnpreisbereinigte VPI unterhalb (oberhalb) des Bundesdurchschnitts liegt. Aufgrund der gewählten Methodik kann der wohnpreisbereinigte VPI nicht unter einen Wert von 79 (in diesem Falle lägen die Wohnpreise bei Null) sinken. Nach oben hin ist er dagegen offen. Beispielsweise resultieren doppelt so hohe Wohnpreise wie im Bundesdurchschnitt in einem regionalen VPI von 120,7.

GROSSE UNTERSCHIEDE SOWOHL BEI WOHNPREISEN ALS AUCH BEI VERDIENSTEN

Die fünf Regionen mit den niedrigsten Wohnpreisen liegen durchweg in den neuen Bundesländern (ohne Berlin)⁷. Lediglich Leipzig (Rang 32) und Brandenburg (Rang 28) liegen vor einigen westdeutschen Regionen, wobei letzteres stark von der dynamischen Entwicklung Berlins geprägt ist und entsprechend im „Speckgürtel“ um die Hauptstadt die höchsten Wohnpreise aufweist. So liegt beispielsweise Potsdam als einzige Stadt in den neuen Bundesländern mit einem Wohnpreisniveau von 132 deutlich über dem Bundesdurchschnitt⁸. Am anderen Ende der Skala befinden sich stark verdichtete Ballungsräume wie Hamburg, Berlin oder Oberbayern (mit München als dominan-

tem Zentrum), in denen die Wohnpreise mehr als das Doppelte des Bundesdurchschnitts betragen.

Ähnlich liest sich – mit Ausnahme Berlins – die Rangliste der Verdienste. An der Spitze stehen hier westdeutsche Metropolregionen wie Hamburg, Stuttgart und Oberbayern, wo Beschäftigte – je nach Qualifikation – im Median bis zu 44% mehr verdienen als im Bundesdurchschnitt. Die unteren Plätze werden durchweg von Regionen in den neuen Bundesländern belegt. Gerade die Regionen Chemnitz und Dresden mit langen Außengrenzen zu Polen und Tschechien erreichen hier nur rund 70% des Bundesdurchschnitts. Insgesamt nimmt die Differenzierung zwischen den Regionen mit zunehmender Qualifikation zu. Dies dürfte mittelbar auch auf Mindestlohnregelungen zurückzuführen sein, die zu einer Stauchung der Löhne am unteren Ende der Verteilung führen⁹.

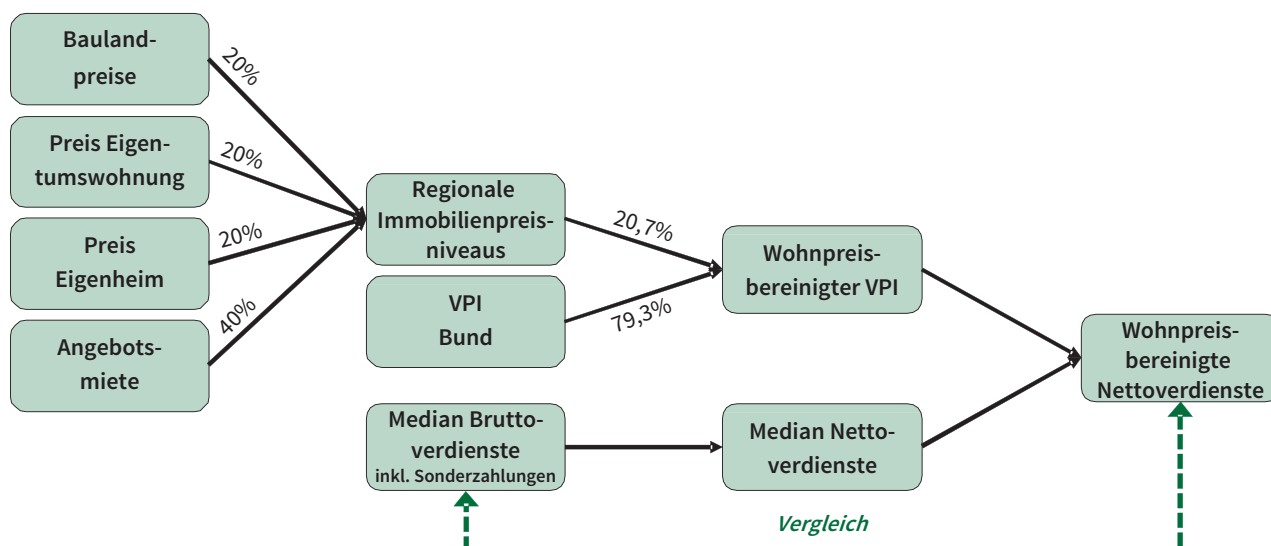
Abbildung 2 zeigt das Wohnpreisniveau der Regionen relativ zum Verdienstniveau von Facharbeitern im Verarbeitenden Gewerbe, jeweils relativ zum Bundesdurchschnitt. Dabei befinden sich die meisten Punkte erwartungsgemäß entlang einer Achse zwischen Regionen mit relativ niedrigen Verdiensten und geringen Wohnpreisen (z. B. Chemnitz) und solchen mit relativ hohen Verdiensten und hohen Wohnpreisen (z. B. Stuttgart). Daneben fallen einige Extreme ins Auge, mit Kombinationen aus hohen Verdiensten und sehr hohen Wohnpreisen (z. B. Hamburg und Oberbayern), durchschnittlichen Verdiensten und sehr hohen Wohnpreisen (Berlin) sowie hohen Verdiensten und niedrigen Wohnpreisen (Braunschweig).

VERDIENSTUNTERSCHIEDE DURCH WOHNPREISBEREINIGUNG REDUZIERT, ABER NICHT VERSCHWUNDEN

Die Ergebnisse der Analyse zeigen, dass sich die Verdienstunterschiede durch die Bereinigung in zweierlei Hinsicht angleichen. Einerseits mindert die Einkommensteuer wegen des progressiven Tarifverlaufs höhere Verdienste überdurchschnittlich stark. Während die Bruttoverdienste nach Abzug von Steuern und

Abb. 1

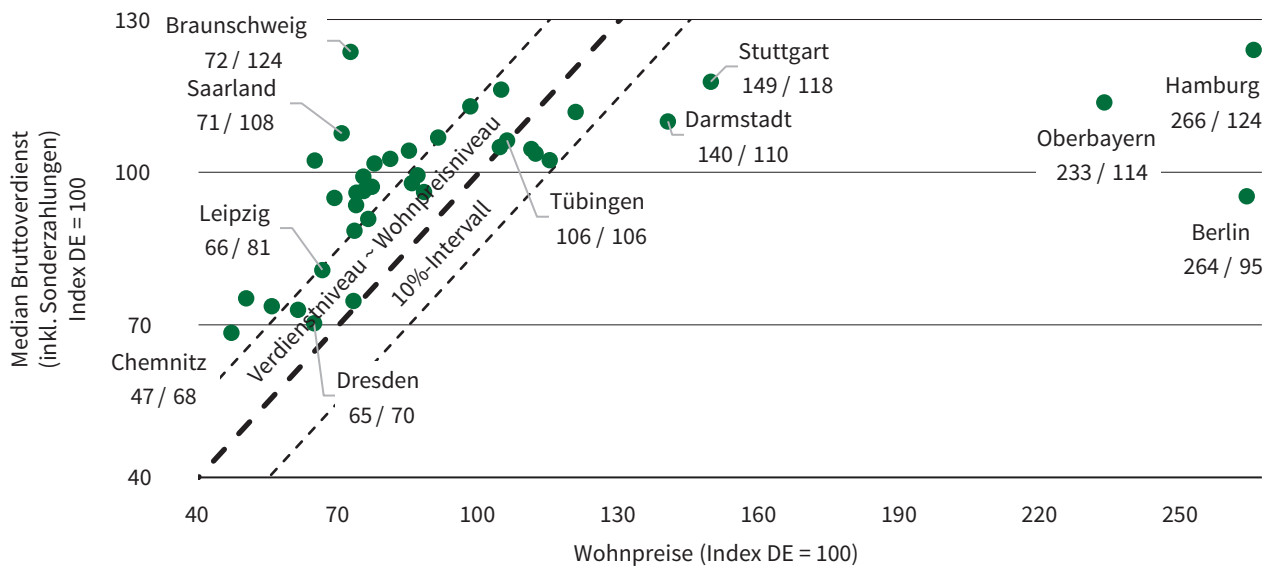
Schematische Darstellung des Vorgehens zur Ermittlung wohnpreisbereinigter Verdienste



Quelle: Darstellung imreg (2021).

Abb. 2

Wohnpreise und Bruttoverdienste relativ zum Bundesdurchschnitt (DE = 100)



Anmerkung: Bruttoverdienste von sozialversicherungspflichtigen Facharbeitern im Verarbeitenden Gewerbe; Stand 2020.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, F+B, Berechnungen imreg (2021).

Sozialabgaben bundesweit um durchschnittlich 28% (Helfer), 30% (Facharbeiter) bzw. 33% (Spezialisten) sanken, war der Rückgang in den sieben Regionen mit den niedrigsten Bruttoverdiensten („untere sieben“), die allesamt in den neuen Bun-

desländern liegen, um bis zu 3 Prozentpunkte geringer. Umgekehrt mussten in den sieben Regionen mit den höchsten Bruttoverdiensten („obere sieben“) im Schnitt etwa 2 Prozentpunkte mehr vom Bruttogehalt abgeführt werden. Damit wird

Tab. 1

Rangliste der Regionen nach Höhe des wohnpreisbereinigten VPI

Rang	Region	Wohnpreise						Zum Vergleich: Median Bruttomonatsverdienste	
		Bauland	Eigentumswohnung	Eigenheim	Miete	Wohnpreise	Wohnpreisbereinigter VPI	Euro	DE = 100
		Euro je m ²				DE = 100			
1	Hamburg	1033	4976	4084	10,57	266	134	4416	124
2	Berlin	1194	3919	3168	8,56	264	134	3392	95
3	Oberbayern	626	5326	5838	11,97	233	128	4049	114
4	Stuttgart	329	3479	3826	9,41	149	110	4193	118
5	Darmstadt	284	3511	3526	9,32	140	108	3916	110
...
34	Dresden	80	1707	1584	5,66	65	93	2504	70
35	Mecklenburg-Vorp.	40	1801	1679	5,80	61	92	2596	73
36	Thüringen	37	1419	1463	5,67	56	91	2622	74
37	Sachsen-Anhalt	37	1247	1260	5,16	50	90	2678	75
38	Chemnitz	36	1074	1212	4,85	47	89	2437	68
Ø Bund		143	2911	2397	7,94	100	100	3560	100

Anmerkung: Bruttoverdienste von sozialversicherungspflichtigen Facharbeitern im Verarbeitenden Gewerbe; Stand 2020.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, F+B, Berechnungen imreg (2021).

jedoch deutlich, dass der auf das Steuersystem zurückzuführende Angleichungseffekt eher schwach ausfällt.

Die Wohnpreisbereinigung trägt demgegenüber wesentlich stärker zur Angleichung der Verdienste bei. In den Regionen mit den niedrigsten Wohnpreisen, Chemnitz und Sachsen-Anhalt, stiegen die Nettoverdienste dadurch um jeweils 12%. Im Schnitt der „unteren sieben“ betrug der Anstieg 9%. Auf der anderen Seite führten die hohen Wohnpreise der „oberen sieben“ zu einem Abschlag auf die Nettoverdienste von durchschnittlich 8%. Besonders extrem waren diese in den Regionen Hamburg und Oberbayern, wo der Verdienst wohnpreisbereinigt 26% bzw. 22% unter dem nominalen Nettowert lag. Die hohen Einkommen in diesen Regionen konnten die hohen Immobilienpreise also nicht kompensieren. Betrachtet man die Differenz der Medianverdienste in den Regionen gegenüber dem Bundesdurchschnitt, lässt sich festhalten, dass die Wohnpreisbereinigung zwar zu einer deutlichen Angleichung geführt hat, jedoch nicht zu einem vollständigen Verschwinden der Unterschiede.

Abbildung 3 zeigt die Bruttoverdienste sowie die unbereinigten und die wohnpreisbereinigten Nettoverdienste am Beispiel der Facharbeiter in den „unteren sieben“ Regionen. Abbildung 4 gibt die daraus resultierenden Abweichungen gegenüber dem Bundesdurchschnitt wieder. Äquivalent zeigen die Abbildungen 5 und 6 die Situation in den „oberen sieben“. Die Verdienstlücke der „unteren sieben“ hat sich um durchschnittlich 7 Prozentpunkte auf noch -18% geschlossen. Wie aus Abbildung 4 hervorgeht, war die Verringerung mit +5 bis +7 Prozentpunkten in den Regionen Leipzig, Dresden und Brandenburg am geringsten und in Chemnitz und Sachsen-Anhalt mit +8 bzw. +9 Prozentpunkten am höchsten. Insgesamt schloss sich die Verdienstlücke gegenüber dem Bundesdurchschnitt damit um etwa ein Drittel. Gleichwohl belegen die „unteren sieben“ auch bei den wohnpreisbereinigten Verdiensten weiterhin untere Plätze in der bundesweiten Rangliste. So konnte sich lediglich die Region Leipzig bei Facharbeitern (+2) und Spezialisten (+1) jeweils bis auf Rang 30 verbessern. Eine Ausnahme stellen Helfer in der Region Chemnitz dar. Aufgrund relativ hoher Bruttoverdienste bei gleichzeitig sehr niedrigen Wohnpreisen stoßen diese nach der Wohnpreisbereinigung bis auf Rang 24 vor (+7).

Bei den „oberen sieben“ ist das Ergebnis differenziert. Einen Sonderfall stellen dabei Hamburg (-30 Prozentpunkte) und Oberbayern (-25 Prozentpunkte) dar, wo die Wohnpreisbereinigung dazu führte, dass das Verdienstniveau in allen betrachteten Qualifikationsgruppen sogar unter den Bundesdurchschnitt sank¹⁰. Wie Abbildung 6 zeigt, lagen die wohnpreisbereinigten Verdienste von Facharbeitern damit 11% bzw. 13% unter dem Bundesdurchschnitt. In den baden-württembergischen Regionen Stuttgart und Karlsruhe sanken die Verdienste zwischen 4 bis 11 Prozentpunkten, womit sie sich aber immer noch über dem Bundesdurchschnitt befanden. In den Regionen, die auch größere ländliche Räume beinhalten und gleichzeitig Standort multinationaler Konzernzentralen sind (beispielsweise die Region Braunschweig mit Volkswagen und Rheinhessen-Pfalz mit BASF), lagen die Verdienste wohnpreisbereinigt teilweise sogar über dem Ausgangsniveau. Im Falle der Region Braunschweig erreichten die wohnpreisbereinigten Verdienste von Facharbeitern 127% (vgl. Abb. 6) und von Spezialisten 121% (hier nicht abgebildet), was jeweils Rang 1 im

bundesweiten Vergleich bedeutete. In der Region Rheinhessen-Pfalz erreichten diese beiden Qualifikationsgruppen 111% (Rang 4) bzw. 120% (Rang 2).

Abbildung 7 zeigt die Veränderungen der Nettoverdienste infolge der Wohnpreisbereinigung als absolute Eurobeträge für die untersuchten Qualifikationsgruppen. Die größten Veränderungen gab es bei Spezialisten, die in den Regionen mit den niedrigsten Wohnpreisen – Chemnitz und Sachsen-Anhalt – zu einem bereinigten Zuwachs von jeweils rund 300 Euro führten. Selbst im Helferbereich waren es hier noch 220 bzw. 180 Euro mehr pro Monat. Die größten Rückgänge verzeichneten Spezialisten in Hamburg, Berlin und Oberbayern, wo der bereinigte Verdienst zwischen 800 und 1000 Euro unter dem jeweiligen Nominalwert lag. Insgesamt bewegten sich 77% der Beobachtungen (über alle Qualifikationsstufen) in einer Spanne von ±200 Euro.

LIMITIERUNGEN

Die Möglichkeit zur Verallgemeinerung der Analyse wird durch eine Reihe von Schwächen gemindert, die vor allem auf fehlende Datenverfügbarkeit zurückzuführen sind.

Zunächst muss daran erinnert werden, dass es sich bei den Wohnpreisen nur um einen ausgewählten Bestandteil des Warenkorbs handelt. Sicherlich ließen sich weitere Bereiche identifizieren, bei denen es ebenfalls zu regionalen Preisunterschieden kommt. Allerdings handelt es sich bei den Wohnpreisen mit einem Gewicht von rund 21% um einen sehr bedeutenden Teil. Zudem spiegeln sich bei diesem nicht-handelbaren Gut regionale Unterschiede stärker wider als bei anderen (handelbaren) Gütern wie beispielsweise Autos/Mobilität, bei denen die Preise bundesweit einheitlicher sind. Somit dürfte ein Großteil der regionalen Preisunterschiede damit abgedeckt sein.

Kritischer ist dagegen der Zuschnitt der Regionen. Optimaler wäre die Analyse auf Ebene von Arbeitsmarktregionen durchgeführt worden, die die Pendlerströme abbilden und damit zeigen, wie stark die Strahlkraft einzelner Zentren für ihren Umkreis ist (vgl. Wicht et al. 2019)¹¹. NUTS2-Regionen sind einerseits zu klein: So kann beispielsweise durch die Abgrenzung der Städte Berlin und Hamburg nicht berücksichtigt werden, dass Menschen zwar zu einem hohen Verdienst in einer der Städte arbeiten, gleichzeitig aber deutlich günstiger im jeweiligen „Speckgürtel“ wohnen können. Dieses Kriterium scheint aber zumindest bei vielen anderen Regionen wie beispielsweise Stuttgart, Oberbayern oder Rheinhessen-Pfalz erfüllt. Andererseits sind NUTS2-Regionen zu groß: So gibt es u. a. in Thüringen massive Unterschiede zwischen der relativ teuren Stadt Jena und dem Kyffhäuserkreis, einer der günstigsten Wohngegenden in ganz Deutschland, die im Durchschnittswert untergehen. Leider war eine Auswertung auf Ebene von Arbeitsmarktregionen für einzelne Qualifikationsstufen im Verarbeitenden Gewerbe aufgrund datenschutzrechtlicher Einschränkungen nicht möglich.

In eine ähnliche Stoßrichtung geht der Einwand, dass sich Arbeits- und Wohnort angesichts gesteigerter Mobilitätsanforderungen und -möglichkeiten immer mehr entkoppeln (vgl. Greinke et al. 2021). Für eine zunehmende Zahl an Beschäftigten besteht die Möglichkeit, ihrer Tätigkeit auch aus der Ferne nachzugehen und folglich, für Arbeitgeber in Regionen mit

hohen Verdiensten tätig sein und gleichzeitig in Regionen mit günstigen Wohnpreisen leben zu können. Die Situation dieser Beschäftigtengruppe wird durch die vorliegende Analyse nicht abgebildet.

Problematisch ist die Verwendung von Medianverdiensten sozialversicherungspflichtiger Beschäftigter. Da diese unempfindlicher gegenüber Ausreißern nach oben und unten sind, suggerieren diese zum einen bereits ex ante eine gleichmäßigere Verteilung als es bei der Verwendung von Durchschnittsverdiensten der Fall wäre. Denn Subgruppen von Beschäftigten mit sehr hohen oder sehr niedrigen Verdiensten können so nicht berücksichtigt werden. Dass dies ein Problem darstellt, zeigen u. a. die Daten für Experten, die gar nicht in die Analyse einbezogen werden konnten, da deren Medianverdienst in einigen Regionen über der Beitragsbemessungsgrenze lag und daher nicht ausgewertet werden konnte. Andererseits stellt jedoch die Unempfindlichkeit gegenüber Ausreißern auch einen Vorteil von Medianverdiensten dar, da diese weniger stark von Extremwerten beeinflusst werden und so aussagekräftigere Aussagen für die Mehrheit der Beschäftigten ermöglichen. Alternative Datenquellen, beispielsweise Durchschnittswerte nach Leistungsgruppen aus der Vierteljährlichen Verdiensterhebung, konnte das Statistische Bundesamt leider nicht zur Verfügung stellen, da die Grundgesamtheit unterhalb der Bundeslandebene zu klein und die Ergebnisse damit nicht mehr valide gewesen wären.

Zu guter Letzt besteht eine Einschränkung für die Verallgemeinerung der Ergebnisse in der Tatsache, dass hier nur Verdienste von Beschäftigten des Verarbeitenden Gewerbes genutzt wurden, die jedoch überdurchschnittlich hohe Verdienste erzielen¹². Dies passierte jedoch aus dem Grund, dass für eine möglichst gute Vergleichbarkeit die Verdienste von Vollzeitbeschäftigten miteinander verglichen werden sollten, um eine Verzerrung durch regional unterschiedliche Teilzeitquoten zu verhindern. Im Verarbeitenden Gewerbe ist die Vollzeitquote traditionell sehr hoch¹³. Ein weiterer Vorteil der Beschränkung auf diese Beschäftigtengruppe ist der Umstand, dass ein Großteil der Berufe im produktiven Bereich eine persönliche Anwesenheit voraussetzt, wodurch das aus der Entkopplung von Arbeits- und Wohnort resultierende Problem weniger ins Gewicht fällt.

FAZIT UND AUSBLICK

Wie die Analyse zeigte, schließt sich die Verdienstlücke in Deutschland deutlich, wenn eine Wohnpreisbereinigung vorgenommen wird, verschwindet aber nicht vollständig. Die deutlichsten Aufwertungen erfahren Regionen in den neuen Bundesländern sowie ländliche Gegenden Westdeutschlands (insbesondere wenn sie über den Sitz eines Großkonzerns verfügen). Die größten Rückgänge der bereinigten gegenüber den unbereinigten Verdiensten sind überwiegend in westdeutschen Ballungszentren wie Oberbayern, Hamburg, Stuttgart und Darmstadt (hessischer Teil des Rhein-Main-Gebiets) zu beobachten. Die Ergebnisse sind insofern konsistent mit jenen, die das BBSR 2009 im Rahmen der Ermittlung regionaler Preisniveaus festgestellt hatte.

Einen Sonderfall stellt Berlin dar, das trotz sehr hoher Wohnpreise nur Verdienste im Bundesdurchschnitt aufweist

und somit nach Hamburg die größten „Bereinigungsverluste“ aufweist. Die Hansestadt und Oberbayern haben zudem die Besonderheit, dass sie als einzige Regionen Westdeutschlands so hohe Wohnpreise aufweisen, dass das bereinigte Verdienstniveau sogar unter den Bundesdurchschnitt sinkt, während es in den übrigen Gegenden trotz Rückgängen oberhalb dieses Wertes bleibt. Sofern es nicht Subgruppen mit außerordentlich hohen Verdiensten gibt (die durch die hier verwendeten Mediandaten nicht erfasst werden), bleibt nur die Erklärung, dass die Bewohner dieser Metropolregionen bereit sind, einen „Metropolenzuschlag“ zu entrichten, d. h. höhere Wohnpreise in Kauf zu nehmen, um dort zu leben. Gründe könnten u. a. das Bedürfnis nach Urbanität und einem breiten Kultur- und Freizeitangebot sein, das diese Gegenden bieten. Denn die realen Medianverdienste liegen dort erheblich niedriger als anderenorts. Umgekehrt ist das Arbeiten in den neuen Bundesländern in finanzieller Hinsicht attraktiver als es der Blick auf die nominalen Werte zunächst vermuten ließe.

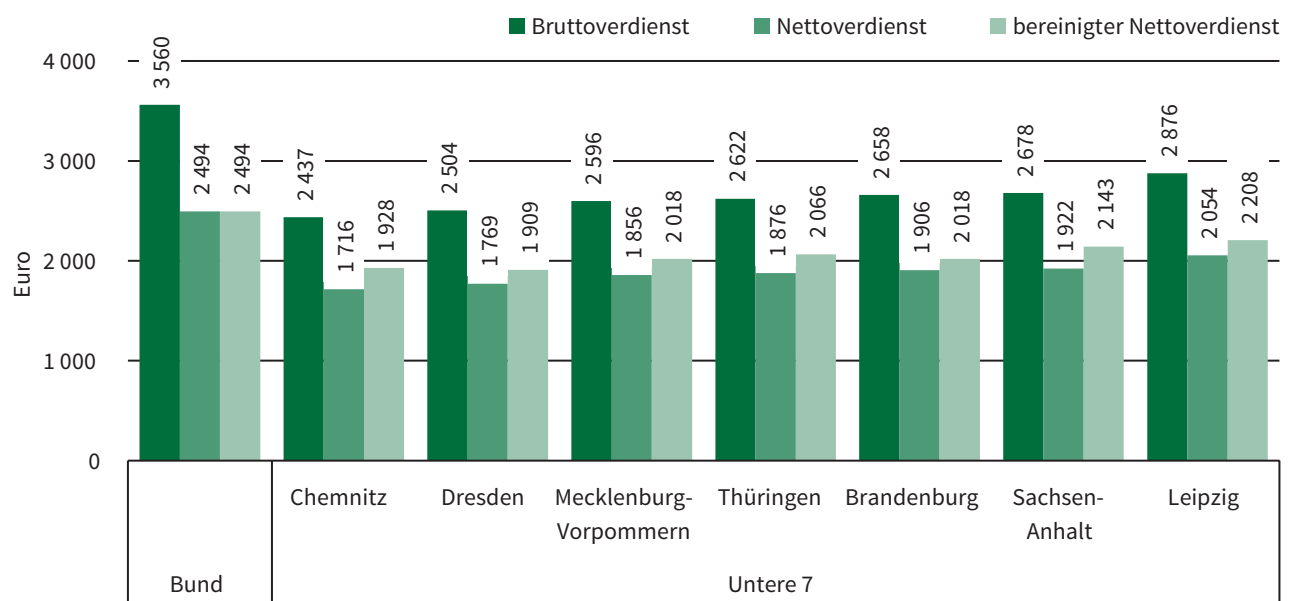
Weitere Analysen zum Thema regionale Preisniveaus in Deutschland unterhalb der Bundeslandebene wären wünschenswert. Denn durch aktuellere Daten böte sich die Gelegenheit, manch hitzige Diskussion über „ungerechte“ Löhne zu entschärfen. Für ein vollständigeres Bild sind dafür weitere Lebensbereiche zu identifizieren, bei denen es zu regionalen Preisunterschieden kommt (z. B. lokale Dienstleistungen). Idealerweise käme der Impuls von Seiten der amtlichen Statistik, die Neutralität garantiert und darum eine hohe Glaubwürdigkeit genießt.

LITERATUR

- BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hrsg.) (2009), Regionaler Preisindex, Berichte, Band 30.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2020), 30 Jahre deutsche Einheit. Gesellschaftlicher Zusammenhalt im vereinten Deutschland, Gütersloh.
- Bossler, M. und T. Schank (2020), Wage Inequality in Germany after the Minimum Wage Introduction, IZA Discussion Papers, Nr. 13003.
- Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.) (2021), Beschäftigte nach Wirtschaftszweigen (WZ 2008) (Quartalszahlen), Stichtag 31.12.2020.
- F+B Forschung und Beratung für Wohnen, Immobilien und Umwelt (Hrsg.) (2021), F+B-Wohn-Index Deutschland 2020 Regional (WIDR).
- Greinke, L., Lange, L. und K. M. Born (2021), „Multilokalität in ländlichen Räumen: (K)Ein neues Phänomen?“, in Othengrafen, F., Lange, L. und L. Greinke (Hrsg.), Temporäre An- und Abwesenheiten in ländlichen Räumen. Auswirkungen multilokaler Lebensweisen auf Land und Gesellschaft, Springer VS, Wiesbaden, S 17-41.
- Koalitionsvertrag zwischen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 24.11.2021: „Mehr Fortschritt wagen. Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit“.
- Lesch, H., Schneider, H. und C. Schröder (2021), Anpassungsverfahren beim gesetzlichen Mindestlohn: Argumente gegen eine politische Lohnfindung, List Forum (2021).
- Ragnitz, J. (2019), „Schlechter als erwartet, besser als gedacht: Die wirtschaftliche Situation in Ostdeutschland 30 Jahre nach dem Mauerfall“, ifo Dresden berichtet 26 (05), S. 3-8.
- Röhl, K.-H. und C. Schröder (2017), Regionale Armut in Deutschland: Risikogruppen erkennen, Politik neu ausrichten, IW-Analysen, Nr. 113.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2019), Verbraucherpreisindex für Deutschland. Wägungsschema für das Basisjahr 2015, Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2021), Arbeitnehmerverdienste 2020, Fachserie 16, Reihe 2.3 (Jahresergebnisse der Vierteljährlichen Verdiensterhebung), Wiesbaden.

Abb. 3

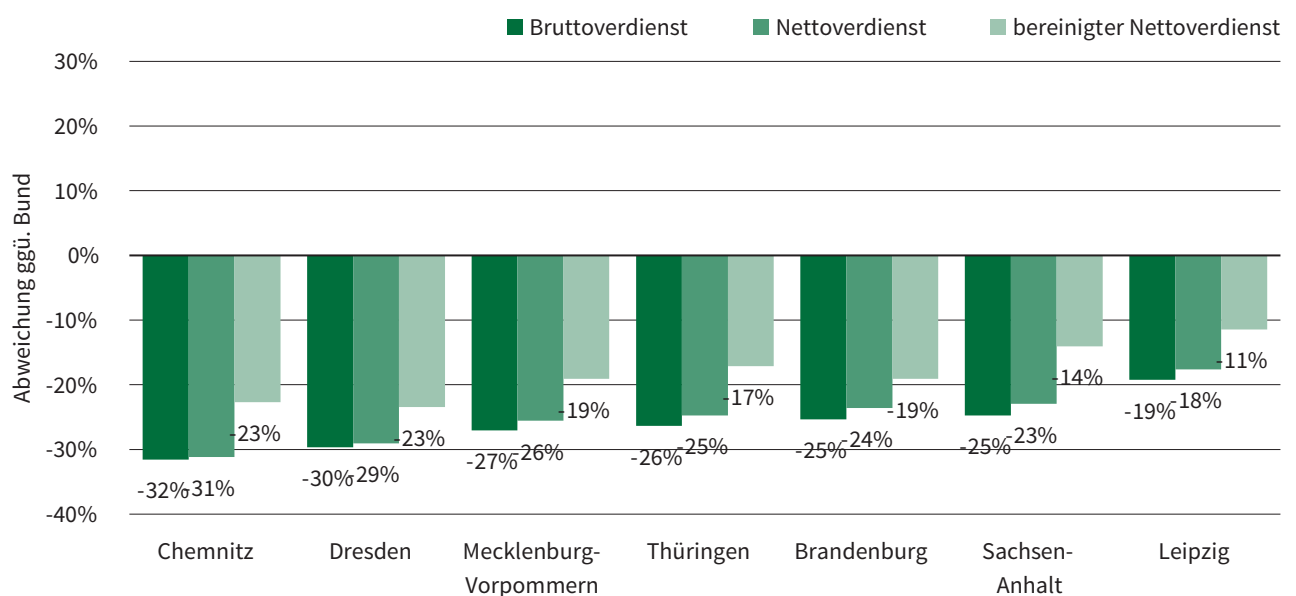
Bruttomonatsverdienst eines Facharbeiters im Verarbeitenden Gewerbe: Untere sieben Regionen im Bundesvergleich



Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, F+B, Berechnungen imreg (2021).

Abb. 4

Bruttomonatsverdienst eines Facharbeiters im Verarbeitenden Gewerbe: Abweichung untere sieben Regionen im Bundesvergleich



Anmerkung: Sozialversicherungspflichtige Facharbeiter im Verarbeitenden Gewerbe; Stand 2020.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, F+B, Berechnungen imreg (2021).

Wicht, A., Kropp, P. und B. Schwengler (2019), „Are Functional Regions More Homogeneous Than Administrative Regions? A Test Using Hierarchical Linear Models“, *Papers in Regional Science* 99(1), S. 135-164.

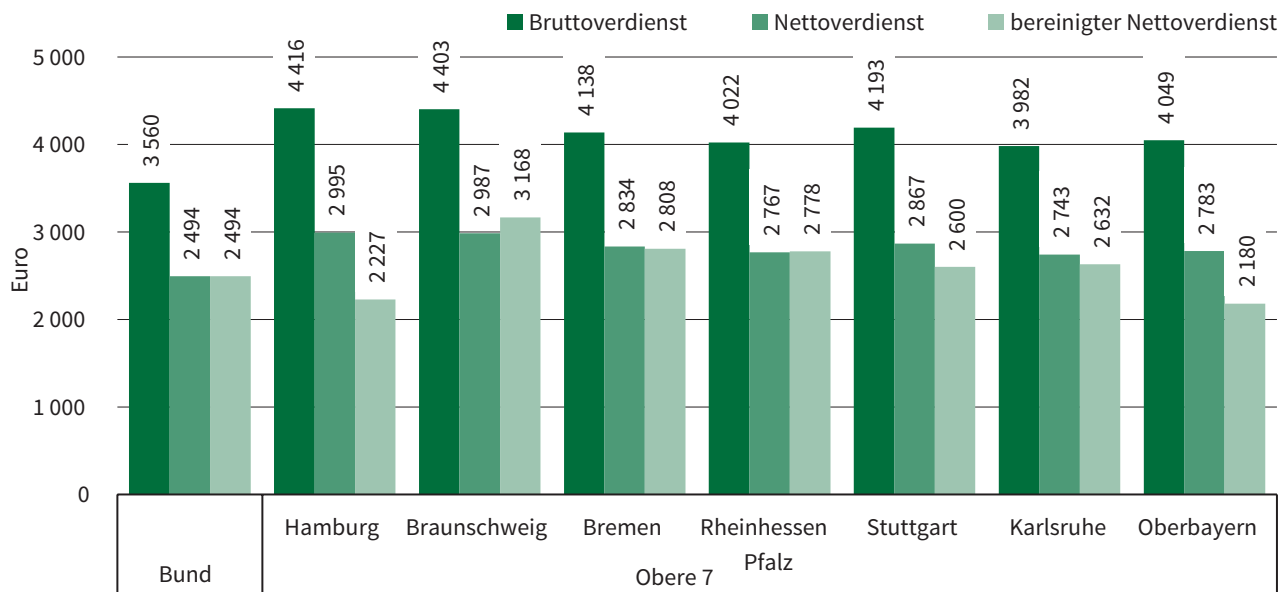
rund 4½% unter dem Bundesdurchschnitt lag. Ragnitz (2019) kommt für das Jahr 2018 auf rund 7%.

- Das Gewicht der Ausgaben für Wohnungsmiete bzw. den Mietwert von selbstgenutztem Wohneigentum (ohne Nebenkosten wie Wasser, Energie etc.) im Verbraucherpreisindex beträgt 20,7%. Vgl. Statistisches Bundesamt, Verbraucherpreisindex für Deutschland, Wägungsschema für das Basisjahr 2015. Anstelle des in der „Klassifikation der Berufe 2010“ (KldB) verwendeten, unspezifischen Begriffs „Fachkraft“ wird hier stattdessen auf den Begriff „Facharbeiter“ abgestellt. Eine Auswertung für „Experten“ war nicht möglich, da deren Brutto medianverdienste in mehreren Regionen oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze lagen. Zwar hätte man näherungsweise eine Berechnung mit dem Wert der jeweiligen Beitragsbemessungsgrenze durchführen

- Der letzte Versuch von amtlicher Seite wurde durch das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung unternommen (vgl. BBSR, Regionaler Preisindex, 2009).
- Darauf aufbauend kam eine Fortschreibung von Röhl und Schröder (2017) für das Jahr 2014 zu dem Ergebnis, dass das Preisniveau in Ostdeutschland

Abb. 5

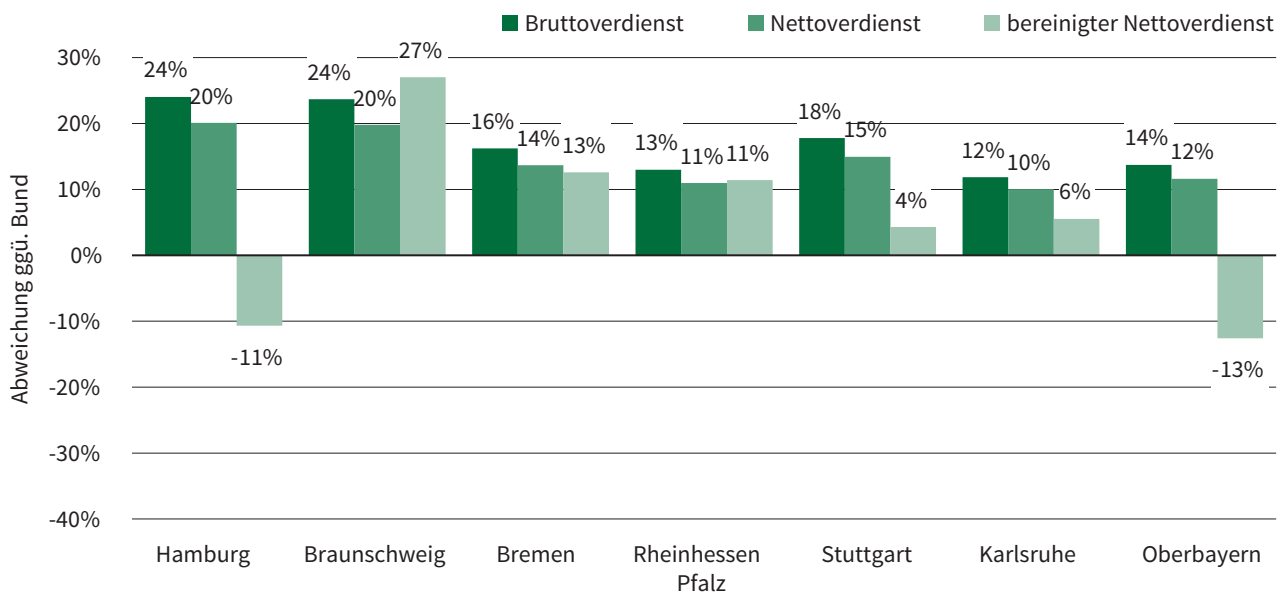
Bruttomonatsverdienst eines Facharbeiters im Verarbeitenden Gewerbe: Obere sieben Regionen im Bundesvergleich



Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, F+B, Berechnungen imreg (2021).

Abb. 6

Bruttomonatsverdienst eines Facharbeiters im Verarbeitenden Gewerbe: Abweichung obere sieben Regionen im Bundesvergleich



Anmerkung: Sozialversicherungspflichtige Facharbeiter im Verarbeitenden Gewerbe; Stand 2020.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, F+B, Berechnungen imreg (2021).

können. Das Ergebnis wäre jedoch durch die künstliche Stauchung der Verdienste am oberen Ende der Verteilung verzerrt und ein bundesweiter Vergleich zwischen den Regionen nicht aussagekräftig gewesen.

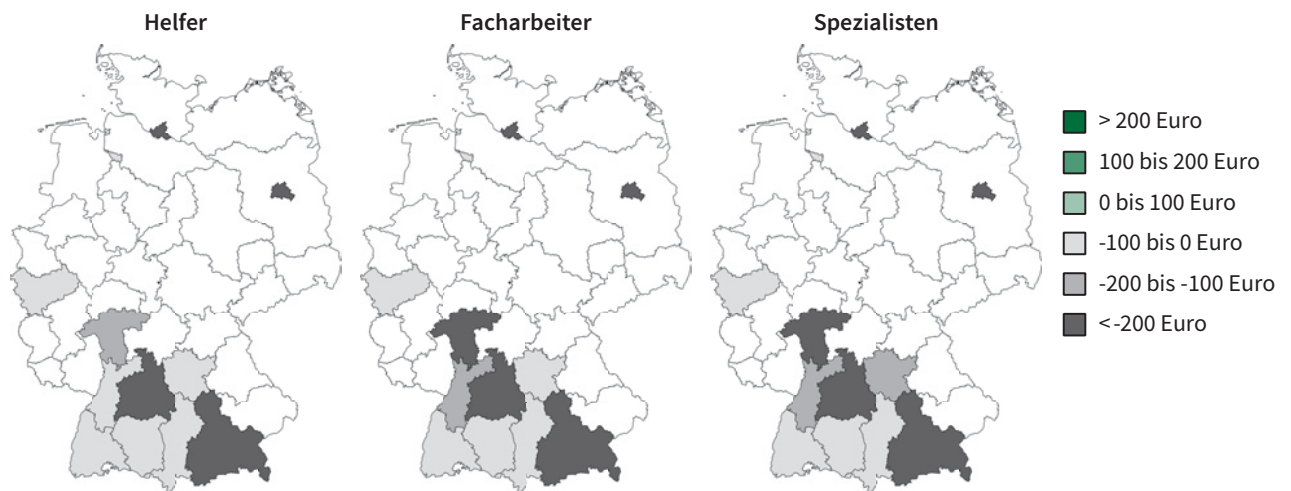
- 4 Dabei handelt es sich um die 38 Regierungsbezirke Deutschlands (ehem. Direktionsbezirke in Sachsen).
- 5 Der Effekt des „Ehegattensplittings“ kann daher hier vernachlässigt werden.
- 6 Der Anteil der Baulandpreise wurde auf Basis einer Schätzung des Bauindustrieverbandes Ost bei 20% festgesetzt. Die übrigen 80% entfallen somit auf die Kosten für die Wohnung selbst und wurden wie folgt aufgeteilt: Laut Gebäude- und Wohnungszählung des Zensus 2011 befinden sich 52% (gerundet 50%) der Wohnungen in zu Wohnzwecken vermieteten

Gebäuden. Bei den übrigen Wohnungen, die von den Eigentümern bewohnt werden, wurde angenommen, dass sich diese hälftig auf Eigentumswohnungen und Eigenheime verteilen.

- 7 Unter den neuen Bundesländern werden stets die ostdeutschen Flächenländer ohne Berlin verstanden. Dagegen beinhaltet der Ausdruck Ostdeutschland die fünf neuen Bundesländer inkl. Berlin.
- 8 Von den übrigen Kreisen liegt lediglich die Stadt Jena (97) annähernd auf Bundesniveau, die übrigen teils deutlich darunter wie bspw. der Altmarkkreis (40) oder der Landkreis Mansfeld-Südharz (41).
- 9 Wie Bossler und Schank (2020) ausführen, reicht der Effekt des Mindestlohns über die unmittelbar betroffenen Beschäftigten hinaus. Dies wird zum einen damit begründet, dass der Mindestlohn die Kaufkraft erhöht,

Abb. 7

Wohnpreise und Bruttoverdienste relativ zum Bundesdurchschnitt (DE = 100)



Anmerkung: Bruttoverdienste von sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe; Stand 2020.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, F+B, Berechnungen imreg (2021).

- wovon auch Beschäftigte in höheren Einkommensgruppen profitieren. Zum anderen drängen Arbeitnehmer(vertreter) in der Folge auch auf Lohnsteigerungen für höhere Einkommensgruppen, um die früheren Lohndifferenzierungen zwischen den unterschiedlichen Qualifikationsgruppen aufrechtzuerhalten (dieser Umstand konterkariert daher zum Teil den politisch gewünschten Angleichungseffekt von Mindestlöhnen). Dadurch kann der Mindestlohn nicht nur den Durchschnitt sondern auch den Median der Lohnverteilung verschieben. Für einen Überblick zum Effekt des Mindestlohns auf das Tarifsystem in Deutschland vgl. Lesch et al. (2021).
- 10 Das Spektrum der wohnpreisbereinigten Verdienstniveaus bewegte sich dabei zwischen 87% bei Facharbeitern in Oberbayern und 93% bei Helfern in Hamburg.
 - 11 Je nach Aggregation lassen sich 50 (Abgrenzung Bundesagentur für Arbeit bis 258 (GRW) Arbeitsmarktregionen identifizieren.
 - 12 Bundesweit lagen die durchschnittlichen Bruttojahresverdienste (inkl. Sonderzahlungen) im Verarbeitenden Gewerbe im Jahr 2020 um 5% über dem Gesamtdurchschnitt. Je nach Leistungsgruppe beträgt die Abweichung 5 (Leitende Angestellte) bis 17% (Ungelernte, vgl. Statistisches Bundesamt (2021).
 - 13 Laut BA-Daten lag die Vollzeitquote im Verarbeitenden Gewerbe im Dezember 2020 bundesweit bei 90% (vgl. Bundesagentur für Arbeit, 2021).